



Änderungsantrag

Fraktionen CDU und SPD

Arbeitnehmer- und Arbeitnehmerinnenfreizügigkeit beschäftigungs- und sozialpolitisch gestalten

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 6/30**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt die seit dem 1. Mai 2011 geltende Arbeitnehmer- und Arbeitnehmerinnenfreizügigkeit für die 2004 der Europäischen Union (EU) beigetretenen mittel- und osteuropäischen Staaten.

1. Die Chancen für den Arbeitsmarkt und die Wirtschaft sollen konsequent genutzt werden.
2. Ziel muss es sein, Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt zu vermeiden. Hierzu sollen Tarifverträge gestärkt und Mindestlöhne im Rahmen des Entsendegesetzes auf weitere Branchen ausgeweitet werden.

Begründung

Mit dem 1. Mai 2011 endete die von der Bundesregierung beschlossene siebenjährige Übergangsfrist, Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen der 2004 der EU beigetretenen mittel- und osteuropäischen Staaten erst zu diesem Zeitpunkt eine Arbeitsmöglichkeit zu gewähren.

Vor dem Hintergrund eines sich abzeichnenden Fachkräftemangels können die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen für die 2004 der Europäischen Union (EU) beigetretenen mittel- und osteuropäischen Staaten einen Beitrag zur Fachkräftesicherung leisten. Dabei darf es jedoch nicht zu einer Ausweitung prekärer Beschäftigung kommen.

Andrè Schröder
Fraktionsvorsitzender CDU

Katrin Budde
Fraktionsvorsitzende SPD

(Ausgegeben am 11.05.2011)